

DER MERKER



Das Idealgefängnis des absolutistischen Staates ist ein Panoptikum, in dessen Mitte der Herrscher sitzt und seine Gefangenen beobachtet, ohne

dass er selbst gesehen wird. Seit der Absolutismus entmachtet und das Volk der Souverän ist, erleben wir den umgekehrten Vorgang. Ausgestellt und einer gnadenlosen Beobachtung preisgegeben sind neben der Prominenz die politischen Eliten. Die Berichterstattung über deren Schritte erfüllen in modernen Massendemokratien die Medien und ihre Nachrichtenbeschaffer. Scharf beobachtet wird dementsprechend die ansehnliche Kandidatenschar, welche die Christliche Volkspartei zur anstehenden Bundesratswahl aufmarschieren liess. Man hat sie, wie eben im welschen Fernsehen (19.2.), schweizweit bekanntgemacht. Im Tagblatt sind die Ostschweizer Kandidatinnen x-mal abgebildet worden: ein strahlendes Duo. Wir würden Frau Metzler und Frau Roos wohl noch in einer dämmerigen Kirche, sofern man sie dort antreffen würde, erkennen. Aber sind sie gewogen und verglichen worden? Wissen wir, was sie zu den Sorgen und Nöten der Bürger und zum künftigen Kurs der Schweiz in schwierigen Zeiten zu sagen haben? Hat man ihnen überhaupt Gelegenheit dazu gegeben?

Ostschweiz-Lobbying

Die Aufgabe des Tagblatts ist delikat. Als konkurrenzloses Blatt muss es von allen Seiten Akzeptanz heischen. Darüber hinaus ist nicht nur berechtigterweise für die Frauen, sondern auch für die Ostschweiz zu lobbyieren. Denn ein guter Ostschweizer Bundesrat verschafft der Ostschweiz Vorteile. Was im übrigen Kurt Furgler und Leon Schlumpf, wie Markus Rohner in dieser Zeitung (20.2.) schreibt, «immer wieder» versucht hätten, aber offenbar ohne Erfolg. Ganz zu schweigen von Arnold Koller. Von ihm,

der vor seiner Wahl in den Bundesrat «weder in einem kantonalen Parlament noch in einer kantonalen Regierung gewesen habe», sei, so Rohner, im Ostschweiz-Lobbying wenig zu erwarten gewesen. Ohje! Werden die Kandidatinnen wirklich das Blatt, das Furgler und Koller offenbar verkehrt herum in der Hand gehalten haben, wenden? Oder hätte es vielleicht jener Kandidat gewendet, der nicht nur im Bundeshaus schon häufig auf den Tisch geklopft hat, um, wie Rohner schreibt, mit den Bundesherren «Tacheles zu reden»? Nämlich Eugen David, der eben von «Aladin mit der Wunderlampe», wie Frank A. Meyer von Thomas Hürlimann im Roman «Der grosse Kater» chiffriert sein soll, beleuchtet worden ist («Blick», 20.2.). Oder Carlo Schmid? Aber beide verkörpern Tabuzonen, die andernorts zaghaft, im Tagblatt leider bislang nicht angesprochen worden sind.

Tabuzonen

Einzig Leserbriefschreiber wagen sich in diesem Kriegsgebiet zu bewegen: «In der Ostschweiz stehen fähige, bundesparlamentserfahrene Politiker im richtigen Alter zur Verfügung, die als einzigen Nachteil das falsche Geschlecht haben.» Mit dem falschen Geschlecht im richtigen Alter! Neiaberau! In diesem einen Satz ist auch die zweite Tabuzone angesprochen: das Alter. Es ist schon eigenartig, in welchem Masse sich im «Internationalen Jahr des älteren Menschen» eine juvenile, altersfeindliche Stimmung zu verbreiten beginnt, unter der sich Bürgerinnen und Bürger, auch wenn sie noch mit siebzig das Tanzbein auf Mallorca schwingen, ducken. Und Frau Zapf und Frau Häuser zum Alt-eisen zählen.

Die dritte Tabuzone heisst: Mutter und Kind. Im Tagblatt vom 22.2. berichtet Barbara Ritschard über das Hearing, dem die beiden Ostschweizer Frauen am

20.2. in Bern unterzogen wurden. Dort soll Cécile Bühlmann die klassischen Männerkarrieren der beiden Kandidatinnen angesprochen haben. «Betreuungsbehindert», so hiess der treffende Ausdruck für Mütter, die Karriere und Familie zu verbinden versuchten und so ins Hintertreffen gelangen. Ist deren Vertretung im Bundesrat nicht immer ein Anliegen ersten Ranges für die CVP gewesen? Wenn Männer Frauen nicht adäquat vertreten können, lassen sich dann Frauen mit Kindern durch Frauen ohne Kinder repräsentieren? In der Redaktion des Tagblatts sitzen einige Frauen, die «betreuungsbehindert» sind. Und die statt Haustiere Kinder haben. Sie können ein Lied singen von entsprechenden Schwierigkeiten.

Schmerzonen

Damit nun stossen wir in jene Schmerzzone vor, von der in dieser der CVP nicht sonderlich nahestehenden Zeitung überhaupt nicht die Rede ist. Nicht nur die «Weltwoche» (11.2.) wartet «sehnlichst» darauf zu hören, wo für die CVP-Kandidatinnen eigentlich kämpfen wollen. Fragen fragen, ist man geneigt zu sagen. In einem Miniclinch im «Anzeiger» (16.2.) wurden sie zum Sozialstaat Schweiz befragt. In Bern wird ihnen auf den Puls gefühlt. Im Fernsehen konnte man sich über ihre Dynamik und ihr Selbstbehauptungstraining freuen. Aber nicht über ihre Weltanschauung. Insbesondere nicht über eine eventuell christlich-demokratische oder -soziale. Nun kann man es als Privatsache ansehen, ob ein Mitglied der CVP an Gott, den Teufel, an gar nichts oder nur an sich selber glaubt. Aber immerhin kämpft die CVP ums Überleben. Und dafür braucht sie nicht nur Persönlichkeits-, sondern programmatisches Profil. Sonst kann man nicht nur die Kantonsklausel, sondern gleich auch die Parteiklausel und die Zauberformel abschaffen. Und

Marianne Kleiner (FDP) oder Kathrin Hilber (SP) ins Spiel bringen.

Dies führt zur letzten, vielleicht am stärksten tabuisierten Frage, nämlich, wen die Kandidaten hier im Kanton St.Gallen und dort im Appenzellischen überhaupt repräsentieren. Die 4000 Studierenden an der Universität St.Gallen? Wer von ihnen ist überhaupt in einer Partei? Wer in der CVP? Dass Frau Metzler im – wie zu lesen war – «Säli» eines Hotels in einer Art «Vereinshöck» von nur 30 Parteimitgliedern (NZZ, 14.2.) gekürt worden ist (vgl. auch Tagblatt vom 15.2.), an dem, so der «Sonntags-Blick» (14.2.), Carlo Schmid und – was nicht im «Blick» stand – auch ein Nationalrat die Versammlung vorzeitig verliessen, aus Gründen, die im Dunkeln blieben, bedarf eines Kommentars. Was steckt dahinter? Und wo verblieben die anderen? Hat es zu stark geschnitten? Demgegenüber konnte man bei Frau Roos schon von einer prächtigen Veranstaltung sprechen. Auch wenn Eugen David, der, wie Ernst Mühlemann bemerkt hat, den Salto vorwärts und rückwärts beherrscht, keine Einlage gab.

Dennoch: Schonen sich die Parteien gegenseitig, weil sie alle im gleichen Boot, nämlich in einem untergehenden sitzen? Ihre Aufgabe ist es, die Kandidaten zu den Wahlen auf allen Ebenen vorzuschlagen. Sie bilden zu diesem Zwecke – so lernten wir – ein Reservoir politischer Führungskräfte heran. Dieses Reservoir ist praktisch leer. Das Reservoir befindet sich unterdessen ausserhalb der Parteien. Also muss laut darüber nachgedacht werden, mit was für einer Auswahl man es innerhalb der Parteien zu tun hat und welche Auswahl sich ausserhalb der Parteien böte. Im Statut des Tagblatts ist zu lesen: «Zwischen Information und Kommentar wird – für den Leser – klar unterschieden.» Und nicht: «Das Tagblatt informiert, aber kommentiert nicht!» Das Tagblatt ist in Sachen Bundesratswahl bis jetzt jenen Kurs gefahren, den ich in der letzten Kolumne bemängelt habe: Kein Verdruss mit niemand. Gewehr bei Fuss!

Peter Gross
Peter.Gross@unisg.ch

Ein falsches Bild

«Hanfläden im ungewissen gelassen», 25.2.99

In der Berichterstattung über den Prozess gegen zwei Hanflädenbetreiber vor Bezirksgericht Rorschach räumt das «Tagblatt» der Argumentation der Verteidigung fünfmal mehr Raum ein als der Stellungnahme der Anklage. Deshalb entsteht ein falsches Bild. Es kann keine Rede davon sein, dass Bezirksammann Waldemar Marquart und Werner Dieziger von der Kantonspolizei den beiden Geschäftsleuten unklare Auskünfte gegeben hätten; beide erklärten, dass es beim Verkauf von Duftsäcklein rechtliche Probleme gebe. Werner Dieziger war an der Ausstellung einer Bewilligung zur Hanflieferung aus dem Kanton Thurgau nicht beteiligt; er teilte lediglich ein Abklärungsersuchen dem Polizeiposten Rorschach zu und leitete es an die Thurgauer Behörden zurück, ohne je materiell Stellung dazu zu nehmen. Es ist im weiteren unrichtig, dass bis zum April 1998 weder Polizei noch Untersuchungsbehörden gegen Hanfshops tätig geworden wären, sondern sie jahrelang toleriert hätten. Seit 1994 laufen unter grossem Medieninteresse in der Schweiz Strafverfahren, im Sommer 1997 wurde der erste Hanfshop im Kanton St.Gallen in ein Strafverfahren verwickelt. Der Rorschacher Hanfshop wurde acht Monate nach seiner Eröffnung durchsucht.

Richtig ist einzig, dass die meisten Untersuchungsbehörden in St.Gallen, darunter auch der Unterzeichnete, im Gegensatz zur Polizei bis anfangs 1998 nicht genau wussten, was denn in den Hanfshops zu welchem Zweck verkauft worden waren, und dass sie die Gefahr deshalb unterschätzten – dies im Unterschied zu den Ladeninhabern, die natürlich ihre Produkte und ihre Kunden kannten. Erst im April 1998 wurde klar, dass in den 16 durchsuchten Hanfshops pro Monat insgesamt etwa 5000 Duftsäcklein verkauft worden waren. Aus dem Inhalt jedes Duftsäckleins lassen sich etwa zehn Joints drehen. All dies kam an der Gerichtsverhandlung zur Sprache und hätte auch in den «Tagblatt»-Bericht gehört.

Dr. Thomas Hansjakob
Kant. Untersuchungsrichter, 9001 St.Gallen

Krasser Missbrauch des Gastrechts

Was wir in der letzten Zeit in der Schweiz erlebt haben, ist ein krasser Missbrauch unseres traditionellen Gastrechtes. Das gerade in der Drogenkriminalität viele Asylbewerber anzutreffen sind, ist allen hinlänglich bekannt. Es wird dann meist von sogenannten Einzelfällen gesprochen. Dies ist aber nicht die Wahrheit, sondern das Ganze hat längst System. Unser Land ist für illegal Einreisende einfach zu attraktiv. Da nützt auch das Jammern, dass wir Probleme hätten, weil wir nicht in der EU seien, nichts.

Was aber in den letzten Tagen geschehen ist, schlägt dem Fass den Boden aus. In unserem freien Rechtsstaat werden

Geiseln genommen, wird die Polizei zusammengeschlagen, werden Häuser angezündet und so weiter. Menschen denen wir Schutz vor politischer Verfolgung gewährt haben, missbrauchen unseren Staat für ihren Bürgerkrieg. So weit ist es gekommen mit unserem Land. Es ist nun hoch an der Zeit, dass alle Bürgerinnen und Bürger laut und deutlich sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Leute, die unser Gastrecht und unseren Schutz missbrauchen, gehören abgeschoben oder mindestens, bis die Ausschaffung möglich ist, in Ausschaffungshaft.

Gerade die vielen anständigen Ausländer werden so vor Fremdenhass ge-



Die griechische Botschaft in Muri wurde von Kurden besetzt.

Bild: ky

schützt, wenn die Minderheit der Rechtsbrecher die volle Härte unseres Staates zu spüren bekommt. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger uns jetzt nicht laut und deutlich wehren, werden dann wieder die Verharmloser in Bern im alten Stil weitermachen.

Mir ist immer noch das Wort von Bundesrat Koller im Ohr, dass man im Asylwesen alles im Griff habe! Nun aber hat uns alle der Missbrauch des Asylrechtes im Würgegriff. Wir sind nicht mehr sicher in der Schweiz, dem Land das einmal als das sicherste auf der Welt galt!

René App
Bifig, 9466 Sennwald

St.Galler Tagblatt

Bodensee Tagblatt

Ostschweizer Tagblatt

TAGBLATT

Appenzeller Zeitung

Der Rheintaler

Der Toggenburger

Wiler Zeitung • Volksfreund

Chefredaktor: Gottlieb F. Höpli
Stv. Chefredaktorin: Ursula Fraefel
Stv. Chefredaktor: Silvan Lüchinger
Dienstchef: Thomas Müller

Leitende Redaktoren:
Josef Osterwalder, Christian Schwarz,
Eleonore Baumberger, Markus Löliger

Verlag und Druck: St.Galler Tagblatt AG
Fürstenlandstrasse 122

Aktualität: Eleonore Baumberger, Urs Bader,
Bruno Scheible, Claudia Kaspar
Ausland: Christian Schwarz, Walter Brehm
Schweiz: Walter Langenegger, Steffen Klatt,
Beat Waber (Bundeshaus)

Schauplatz: Ursula Lenherr
Leben: Boda Hanimann, Sybil Jacoby,
Iso Niedermann

Kultur: Matthias Müller, Peter Surber

Stadt St.Gallen, Stadt Kultur, Region St.Gallen:
Josef Osterwalder, Martin Arnet, Claudia Schmid,
Reto Voneschen, Andreas Nagel (Stadt Kultur)

Sonderaufgaben: Umberto W. Ferrari
Beilagen: Hans-Jörg Soldat
Fotografie: Ralph Ribl, Michel Canonica

Ständige Mitarbeiter:
Wilhelm Wolfgang Schütz (Ausland),
Eva Nietispach Jaeger (Wirtschaft),
Mélanie Rietmann (Stadt St.Gallen),
Yvonne Forster (Leben/Made)

Appenzeller Zeitung
Gesamtverantwortung: Marcel Steiner
Chefredaktor: Hanspeter Strebler

Der Rheintaler
Gesamtverantwortung: René Wuffli
Chefredaktor: Hansruedi Wieser

Der Toggenburger
Chefredaktor: Stephan K. Haller

Wiler Zeitung • Volksfreund
Gesamtverantwortung: Max Stark

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen
i.S. von Art. 322 StGB:
A. Hug + Co. AG Arbon, Appenzeller Medi
Schlappfer AG Heilsau, Direktwerbung AG S
Kafer AG St.Gallen, Neuer Anzeiger Sulge
Smash Verlags AG St.Gallen, Tevag Basel A
Verlags AG St.Gallen

Inserate: Publicitas
Vadianstr. 45
9001 St.Gallen
Tel. 071-221 00 21